



# FASCHISMUS

KEMPSTON  
BEDS.  
ENGLAND

## TATSACHEN ÜBER DIE DIKTATUREN

ERSCHEINT DEUTSCH, ENGLISCH, FRANZÖSISCH, SCHWEDISCH; HOLLÄNDISCH, SPANISCH UND IN ESPERANTO

MIT DER BITTE UM VERÖFFENTLICHUNG UNTER QUELLENANGABE (I.T.F.)

No. 20  
8. Jahrgang

19. Oktober 1940

### Französische Gewerkschafter gegen die autoritäre Diktatur

(ITF) Seit der Kapitulation, die dem Volk Frankreichs von der französischen Sozialreaktion aufgezwungen wurde, herrscht Schweigen über

die französische Gewerkschaftsbewegung. Die deutschen Herren und ihre Strohmänner in Vichy haben alles Interesse daran, die Wahrheit zu unterdrücken; denn diese Wahrheit ist ihnen peinlich. Die französischen Gewerkschafter, die sich in der Gewalt der Besatzungsarmee oder der autoritären Generale von Vichy befinden, können das Schweigen nicht durchbrechen.

Die von Hitler und Mussolini gestützte autoritäre Regierung Pétains hatte sich rechtzeitig ein Paradeponn gesichert: René Belin, nach Jouhaux die markanteste Persönlichkeit unter den Sekretären der französischen Gewerkschaftszentrale "Confédération Générale du Travail" (C.G.T.). Belin hat mit den Kapitulanten von Vichy gemeinsame Sache gemacht und sich ihnen als Arbeitsminister zur Verfügung gestellt. man wollte so der Welt weismachen, dass die französischen Arbeiter ihre Ueberzeugung gewechselt hätten, sodass die Agitatoren der Totalitären leichtes Spiel gehabt hätten. -

Jetzt können wir mitteilen, dass sich die leitenden Funktionäre der französischen Gewerkschaften gegen Belin gewandt haben. In der ersten Augushälfte traten die Vertrauensleute von 50 der C.G.T. angeschlossenen Gewerkschaftsverbände in Toulouse zu einer Konferenz zusammen. Und die Konferenz rückte entschieden von Belin ab.

Seit seinem Eintritt in die autoritäre Regierung hatte Belin versucht, die französischen Gewerkschaften zur Zusammenarbeit mit der Pétain-Regierung zu gewinnen, aber er stiess bei der überwältigenden Mehrheit der Gewerkschaftsfunktionäre auf eisige Ablehnung. Und in Toulouse haben die Gewerkschaften sich nicht nur nicht zur Zusammenarbeit mit dem Ueberläufer bereit erklärt, in Toulouse wurden die Schwachen, die in der Verwirrung des nationalen Zusammenbruchs geglaubt hatten, dem Appell des zum Minister ernannten Ueberläufers folgen zu müssen, scharf verurteilt. Die Konferenz der führenden Gewerkschafter Frankreichs ignorierte den Ueberläufer einmütig.

Die Toulouser Konferenz bestätigte: Belin spricht nicht für die organisierten Arbeiter Frankreichs. Sie wollen Freiheit, trotz Hitler, Mussolini und Pétain. Und trotz Belin.

(Für die Red.: Kriegsverhältnisse erlauben uns erst heute, die Veröffentlichung dieses Berichts.- Siehe "Faschismus" vom 24.VIII.40.)

### Die Kriegsgefangenen der Nazis

(ITF) Etwa 1,9 Millionen französische, Hunderttausende polnische und

zehntausende belgische und englische Kriegsgefangene befinden sich in deutscher Gewalt. Die norwegischen, holländischen, ein Teil der belgischen und die in der deutschen Landwirtschaft tätigen polnischen Kriegsgefangenen sind bis auf Widerruf aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden; sie gelten den Nazis als Geiseln. Werden in einem Bezirk Belgiens, Norwegens oder Hollands Telephonleitungen durchschnitten oder Eisenbahnlinien beschädigt, so verhaftet die deutsche Kommandatur alle aus diesem Bezirk stammenden, auf Widerruf entlassenen Kriegsgefangenen. Ein grosser Teil der "freigelassenen" Kriegsgefangenen wurde als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt.

Aus dem Gefangeneneer rekrutierte das Nazisystem sich

eine millionenköpfige Sklavenarmee

für den Einsatz in Landwirtschaft, Industrie und Transport. In jedem

der Kriegsgefangenenlager amtiert ein "Arbeitseinsatzoffizier", der die kriegsgefangenen Mannschaften den Grossgrundbesitzern und Industriellen zur Verfügung stellt. Kriegsgefangenenarbeit ist billig, Kriegsgefangene können keine Lohnforderungen stellen, die deutschen Unternehmer reissen sich um die wehrlosen Arbeitskräfte.

Hitlers Arbeitsminister hat in besonderen Richtlinien über den Einsatz von Kriegsgefangenen in Arbeitsstellen" seine zahlreichen Einzel- und Runderlasse zusammengefasst. Er erinnert daran, dass auf Grund des 1929 abgeschlossenen zwischenstaatlichen Abkommens über die Behandlung der Kriegsgefangenen "die von Kriegsgefangenen zu leistenden Arbeiten nicht in unmittelbaren Beziehungen zu den Kriegshandlungen stehen dürfen. Es ist insbesondere verboten, Kriegsgefangene zur Herstellung und zum Transport von Waffen oder Munition sowie zum Transport von Material zu verwenden, das für kämpfende Truppen bestimmt ist". Ob diese Bestimmungen ausgerechnet von der Nazi-Regierung eingehalten werden, für die Vertragsbruch politisches Prinzip ist, bleibe hier dahingestellt. Jedenfalls verwendet man in Deutschland Kriegsgefangene zur Freistellung von Arbeitern für das deutsche Heer und zu Hilfsarbeiten bei für Kriegsgefangene verbotenen Arbeiten.

Die deutschen "Arbeitsämter sollen Kriegsgefangene in erster Linie folgenden Arbeiten zuführen: Betriebsarbeiten in der Landwirtschaft.., in der Forst- und Holzwirtschaft, Landeskulturarbeiten; Arbeiten im gesamten Bergbau.., Bahnarbeiten, und zwar sowohl Oberbauarbeiten als auch sonstige Arbeiten (Güterabfertigung, Umladehallen, Werkstätten u.s.w.) und kriegswichtigen(!) Bauten der Reichsbahn; Bau- und Betriebsarbeiten in Buna-(Kunstgummi-) und Hydrierwerken, Zellstoff- und Zellwollewerken und sonstigen kriegswichtigen (!) Werken; kriegswichtigen Strassen-, Kanal-, Talsperren- und Wohnungsbauten, Arbeiten in Ziegeleien, Steinbrüchen.., soweit sie kriegswichtig sind.., Transportarbeiten jeder Art. Diese Aufzählung ist nicht erschöpfend. Kriegsgefangene können auch bei anderen kriegswichtigen Arbeitsvorhaben eingesetzt werden. Für nicht kriegswichtige und zusätzliche Arbeitsvorhaben werden Kriegsgefangene nur dann gestellt, wenn andere Beschäftigungsmöglichkeiten nicht mehr gegeben sind"

Rücksichtslose Ausbeutung. - Viele Kriegsgefangene wollen nicht die Bahnstrecken reparieren, über die Truppentransporte rollen, sie wollen nicht das Transportsystem für die Kriegsmaschine in Gang halten, die über ihre Heimat walzte. Aber "arbeitsunwillige Kriegsgefangene können zur Arbeitsleistung gezwungen werden", erinnert Hitlers Arbeitsminister seine diensteifrigen Behörden.

Zwischen Kriegsgefangenen und Unternehmer besteht kein irgendwie geariteter Arbeitsvertrag, der Kriegsgefangene ist an seinem Arbeitsplatz rechtlos. Seine Arbeitsbedingungen werden durch einen Vertrag zwischen dem Gefangenenlagerkommandanten und dem Unternehmer geregelt. Manche dieser Lagerkommandanten sind Offiziere, die sich in 7 Jahren Nazibrutalität noch einen Funken Menschlichkeit bewahrt haben. Einige der Wachmannschaften sassen vielleicht selbst vor 25 Jahren in England, Frankreich oder Russland hinter Stacheldraht und empfinden eine Art kameradschaftlichen Mitgeföhlsmit den Kriegsgefangenen der Nazis. Aber Menschlichkeit hat bei Kriegsgefangenen in Nazi-Deutschland zurückzutreten, Hitlers Arbeitsminister verlangt rücksichtslose Ausbeutung der Kriegsgefangenen: "Die Arbeitskraft des Kriegsgefangenen ist auf das schärfste anzuspannen". Und: "der Unternehmer wird hierauf bei den Wachmannschaften und gegebenenfalls bei den Kommandanten der Kriegsgefangenenlager hinzuwirken haben", hetzt (in den "Monatsheften") die famose Deutsche Arbeitsfront!

Die Arbeitszeit des Kriegsgefangenen ist nicht begrenzt. "Arbeitszeit und Arbeitsdauer bestimmen sich nach Ortsgebrauch und körperlicher Leistungsfähigkeit der Kriegsgefangenen. Ihre Arbeitskraft ist auf das schärfste anzuspannen". In einigen Bezirken und Berufen soll Nachtarbeit von Kriegsgefangenen aus Sicherheitsgründen vermieden werden. In diesen Bezirken begrenzt die Dunkelheit den Arbeitstag des überanstrengten Gefangenen.

"Die Kriegsgefangenen werden bei der Arbeitsleistung in Arbeitskommandos unter Aufsicht und Bewachung von Wachmannschaften und in einer gemeinsamen Unterkunft zusammengefasst. Die Mindeststärke eines Arbeitskommandos beträgt bei nichtlandwirtschaftlichem Arbeitseinsatz 20 Kriegsgefangene. Von diesem Arbeitskommando aus können einzelne Gruppen auf Einzelarbeitsstellen abgeordnet werden, sofern ihre Ueberwachung ausreichend gesichert ist und sie abends in die Sammelunterkunft des Arbeitskommandos zurückkehren. Bei landwirtschaftlichem Arbeitseinsatz beträgt die Mindeststärke des Arbeitskommandos 10 Kriegsgefangene".

"Die Kriegsgefangenen müssen - soweit irgend möglich - im Betrieb abgeordnet und in besonderen Abteilungen beschäftigt werden".

Derartige Gefangenenabteilungen sind in vielen deutschen Betrieben nichts Neues. Bereits seit Mitte 1938 werden in einer Reihe deutscher Kriegsbetriebe politische Gefangene und Kriminelle in besonderen Abteilungen beschäftigt, vor allem politische Gefangene, unter denen sich hochqualifizierte Facharbeiter befinden. Die Erfahrungen mit der Zwangsarbeit der Gefangenen der Nazi-Kriegsvorbereitung erleichterten die Organisation der Zwangsarbeit der Gefangenen des Nazikrieges.

Spotbillige Arbeitskräfte. - Im Kriege des Kaisers 1914-18 hatten deutsche Unternehmer vielfach für Kriegsgefangenenarbeit vollen Lohn zu zahlen. Vergeblich forderten damals westdeutsche Industrielle allgemeine Kürzung des Kriegsgefangenenentgeltes auf 60% des Normallohnes (Denkschrift der Industriellen des Saargebiets und des Kölner Reviers). - Hitler hat sofort den Industriellen diese Forderung bewilligt. "Grundsätzlich beträgt das Entgelt für Kriegsgefangenenarbeit bei Zeitlohn 60% des Lohnsatzes; bei im Stücklohn beschäftigten Kriegsgefangenen 80%". Für einige Berufe wurden noch niedrigere Löhne festgelegt. Bei Bauten eingesetzte Kriegsgefangene erhalten nur, falls sie Facharbeiter sind, 60 bzw. 80% des Normallohnsatzes, ungelernete und angelernte Arbeiter keinesfalls mehr als im Zeitlohn 33 Pfennig, bei Akkordarbeit 43 Pfg. pro Stunde. In den eingegliederten polnischen Provinzen werden noch niedrigere Löhne bezahlt, damit die zu Elendslöhnen schuftenden polnischen Arbeiter nicht noch auf die Kriegsgefangenenlöhne neidisch werden.

In der Torfindustrie haben die Unternehmer pro Arbeitsstunde nur 27 Pfg. zu zahlen, in der Landwirtschaft pro Arbeitstag nur 80 Pfg. - noch nicht ein Briefporto die Stunde.

Das Entgelt wird nicht dem Kriegsgefangenen ausbezahlt sondern an das zuständige Lager überwiesen. Dem Gefangenen wird der Betrag dort z.T. in Lagergeld gutgeschrieben oder z.T. ausbezahlt. Für das Lagergeld kann der Gefangene in der Lagerkantine kaufen.

Beschäftigung so niedrig entlohnter Kriegsgefangener ist für die Unternehmer ein gutes Geschäft, vor allem die Beschäftigung in Akkordarbeit, bei der dem Kriegsgefangenen bei voller Leistung nur  $\frac{4}{5}$  des normalen Akkordlohnsatzes zu zahlen ist. Die Nazi-Behörden wollen den Unternehmern nicht den ganzen Vorteil aus der Ausbeutung der wehrlosen Kriegsgefangenen lassen, sie teilen sich mit dem Unternehmer in den Ausbeuterprofit: bei Ausbeutung im Akkordlohn erhält der Nazi-Staat  $\frac{2}{5}$  des dem Gefangenen vorenthaltenen Lohnes,  $\frac{3}{5}$  bleibt dem Unternehmer, bei Ausbeutung im Zeitlohn bleibt dem Unternehmer  $\frac{5}{6}$  des Sondergewinns aus der Unterbezahlung. Grossgrundbesitzer und Bauern können den ganzen Sondergewinn einstecken.

Für den Kriegsgefangenen hat die Beteiligung des Nazi-Staats an seiner Ausbeutung einen besonders bitteren Beigeschmack. Die "Pauschalsteuer" in Höhe von 10% des aufgewandten Arbeitsverdienstes, mit der der Nazi-Staat den Unternehmersondergewinn aus der Ausbeutung von Kriegsgefangenen in Industrie, Transport und Gewerbe besteuert, fließt in die Nazi-Kriegskasse, der Kriegsgefangene muss mit seiner Arbeit die Fortführung des Krieges gegen seine Heimat mitfinanzieren!

Die Kriegsgefangenen sind nur gegen Unfall versichert, weder gegen Krankheit noch Invalidität. Erkrankte Kriegsgefangene kommen notfalls in ein Lazarett, arbeitsunfähig gewordene Kriegsgefangene werden in das Gefangenenlager zurückgeschickt - Opfer der mitleidlosen Nazi-Kriegsmaschine.

(Für die Red.: Runderlass: "Reichsarbeitsblatt", 25.VII.40; Deutsche Arbeitsfront: "Monatshefte für N.S. Sozialpolitik", 25.II.40. "Faschismus", 24.VIII.40; Gefangenenarbeit: "Faschismus", 9.VII.38; Kriegsgefangene afrikanische Soldaten wurden zu Herbstbeginn nach Frankreich transportiert. Freilassung polnischer Kriegsgefangener: "Faschismus", 3.X.40.)

### Hitler organisiert die Ausbeutung Europas

#### Polnische Textilarbeiter verlieren ihre Arbeit

(ITF) Deutsche Textilindustrielle profitieren von Hitlers Krieg. Fast zwei Drittel der Lodzer Textilindustrie wird stillgelegt, damit deutsche Industrielle ren-

tabler arbeiten können. - Ausdrücklich betont der Staatssekretär im Berliner Wirtschaftsministerium, Dr. Landfried (im "Reichsverwaltungsblatt"), dass es sich nicht um eine Kriegsmassnahme handelt, sondern um einen Teil des Planes, nach dem die Nazidiktatur Europa plündert: "die Zahl der rund

10 Millionen Baumwollspindeln, über die das Reich im Jahre 1937 verfügte, ist durch das Hinzukommen der Ostmark (Oesterreich), des Sudetenlandes und der eingegliederten (polnischen) Ostgebiete auf rund 14 Millionen angewachsen. Allein die Textilindustrie in Litzmannstadt (der Naziname für Lodz) hat hierzu 1,6 Millionen Spindeln beigetragen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Streichgarn- und Kammgarnspinnerei; zu den 5 Millionen Spindeln des Reichs sind allein in Litzmannstadt (Lodz) 500.000 Spindeln hinzugekommen. Die weiterverarbeitenden Stufen nehmen etwa in dem gleichen Umfang an dieser Steigerung teil. Um in erster Linie die Arbeitsplätze der Volksdeutschen sicherzustellen und die bedeutende Industrie in angemessenem (!) Umfange zu erhalten, ist ein Teil der Betriebe stillgelegt und den übrigen die Möglichkeit gegeben worden, mit insgesamt rund 580.000 Baumwollspindeln und 200.000 Wollspindeln rentabler zu arbeiten. Diese Regelung, die wirtschaftliche Belange in gleicher Weise berücksichtigt wie die Notwendigkeit der Förderung des deutschen Volkstums, setzt die Spinnstoffindustrie in Litzmannstadt (Lodz) in ein richtiges Verhältnis zu der des Reiches und weist ihr im Rahmen der grossdeutschen Spinnstoffwirtschaft den angemessenen Platz zu".

Das "richtige Verhältnis"! Von je zehn Textilarbeitern in Lodz behalten nur vier, und zwar "in erster Linie Volksdeutsche", ihren Arbeitsplatz. Sie bleiben zur Wahrung der "wirtschaftlichen Belange", d.h. um für die Profitwirtschaft deutscher Kapitalisten "rentabler zu arbeiten".

Die sechs Arbeiter, denen der Arbeitsplatz genommen wird, stehen für Zwangsarbeit in Deutschland zur Verfügung.

Das ist der "angemessene Platz" für Besiegte in Hitlers Europa.

(Für die Red.: "Reichsverwaltungsblatt" 1940 Nr. 34. - Der Leiter des Verbandes der deutschen Textilindustriellen versichert im "Deutschen Volkswirt" (Nr. 38) "vom Standpunkt des riesigen deutschen Textil-Produktionszentrums": "von Deutschland her gesehen ist gegen die textile Industrialisierung des Ostens und Südostens (Europas) kaum etwas einzuwenden"; Italien bezieht der Sprecher der deutschen Textilindustriellen ausdrücklich in diesen Südostrum ein. "Die textile Industrialisierung des Ostens und Südostens (Europas) wird ruhig weiter entwickelt werden dürfen, wobei der deutschen Textilmaschinenindustrie, der chemischen Industrie und schliesslich der Textilindustrie selbst die Rolle des uneigennütigen Beraters und Freundes zufällt". - Uneigennützig wie - in Lodz!)

#### Entrechtung unterm Hakenkreuz

##### Entrechtung in Norwegen

(ITF) In Norwegen hat Hitlers Kommissar die vom Vertrauen des Volkes getragene Verwaltungsspitze beiseitegesetzt und das Parlament seiner Rechte beraubt. Ein von den Nazis ernannter Staatsrat masst sich alle Rechte der Volksvertretung an, regiert mit Notverordnungen, entlässt Beamte und ernennt seine Kreaturen. Um freiheitsgesinnte Beamte einzuschüchtern, hat er sich die Möglichkeit geschaffen, alloaufrechten Beamten zu entlassen und fügsame Nazibeamte zu befördern.

Alle norwegischen Erwerbslosen müssen sich jetzt regelmässig in kurzen Abständen beim Arbeitsamt melden, sodass die deutschen Behörden jederzeit Zwangsarbeitertrupps für ihnen wichtige Arbeiten in Deutschland oder in einer entlegenen Ecke Norwegens ausheben können. Um Widerstand in der gewerkschaftlichen Landeszentrale unmöglich zu machen, wurden die kurz nach dem Einfall der Nazis neuernannten Vorsitzenden und Vizevorsitzenden der Landeszentrale abgesetzt und durch gefügigere Männer ersetzt.

Eine Rede des norwegischen Nazihauptlings Quisling mag einen Eindruck von der Haltung der Norweger geben: "Das Volk Norwegens wollte (mit den deutschen Nazis) nicht zusammenarbeiten", klagte Quisling (am 10. Oktober) in Trondhjem. "Die neue Ordnung wurde am 25. September verkündet - aber das Volk Norwegens will das nicht verstehen..."

##### ... in Belgien

Oeffentliche Versammlungen waren in Belgien schon seit dem Einfall der deutschen Truppen genehmigungspflichtig. Jetzt müssen alle öffentlichen Versammlungen eine Woche vorher von den deutschen Behörden genehmigt und beim Beantwachen der Genehmigung muss eine vollständige Liste der Mitglieder der Organisation mit eingereicht werden. Da keine Gewerkschaft ihre Mitglieder den Nazis und den mit ihnen zusammenarbeitenden Unternehmern denunzieren will, sind öffentliche Versammlungen der belgischen Gewerkschafter unmöglich.

##### ... in Frankreich

Mitte Oktober sollten in Frankreich wie alljährlich die Provinzialtage (Conseils Généraux) und Kreistage (Conseils d'Arrondissements) zusammentreten. Die Pétain-Regierung von



Hitlers und Mussolinis Gnaden teilte in ihrem Amtsblatt mit, dass sie fürchtet, dass der Zusammentritt dieser Provinzparlamente Gelegenheit zu "politischen Kundgebungen", d.h. zum Ausdruck der Volksmeinung geben könne. Sie hat deshalb diese Selbstverwaltungskörperschaften aufgelöst und ihre Präfekten ermächtigt, nach Willkür- und Führerprinzip zu handeln.

### ...der Tschechen

Pensionierte tschechische Beamte werden gezwungen, Hitler den Treueid zu leisten. Man hat jedem einzelnen Pensionsempfänger von der Auszahlungsstelle ein Eidesformular zugehen lassen, aber viele Pensionäre haben dieses Formular nicht unterzeichnen wollen. Die Protektoratsbehörden drohten darauf den Pensionären, die den erpressten Eid nicht leisten wollen, mit sofortiger Einstellung der Pension...

### Deportation aus Holland

50.000 holländische Arbeiter sind bereits (bis Anfang Oktober) auf Aufforderung der Nazibehörden nach Deutschland deportiert worden; jetzt sollen auf einen Schlag weitere 10.000 Holländer in Hitlers Zwangsarbeitertrupps eingereiht werden. 5.000 demobilisierte holländische Soldaten sollen nach Deutschland verfrachtet und Hitlers Munitionsminister Todt zur Verfügung gestellt werden. Weitere 5.000 sollen nach Nordfrankreich gesandt werden, damit sie dort für deutsche Soldaten den Boden bebauen, von dem französische Bauern verjagt wurden.

Der von Nazis kontrollierte holländische Sender Hilversum teilte mit, dass allein 4.000 holländische Arbeiter nach Hamburg transportiert werden sollen. Sie sollen dort bei Bauarbeiten eingesetzt werden - wahrscheinlich zum Beseitigen der Spuren der englischen Luftangriffe; deutsche Arbeiter sollen möglichst wenig von der Wirkung der Luftangriffe erfahren.

### Frankreich soll ungerne!

(ITF) Zu Winterbeginn hat die Pétain-Regierung eine ungewöhnlich scharfe Rationierung aller wichtigen Lebensmittel angeordnet. Die Vorratslage hätte zum Teil höhere Rationen gestattet, aber Pétain betonte am 9. Oktober in einer Rundfunkrede ausdrücklich: "Diese Rationierung wurde uns durch die Schwere der Niederlage und durch den Willen des Siegers aufgezwungen". Die Nazisieger wollen, dass Frankreich hungert.

Eine Rede des Staatssekretärs für Landwirtschaft in der Pétain-Regierung zeigt, was die Rationierung für Frankreich bedeutet: am Vorabend der Ernte hatten wir relativ reichliche Vorräte, erklärte Pierre Caziot. Wir glaubten, dass unser Weizenvorrat noch die ersten drei Monate des neuen Erntejahres reichen würden. Aber die Vorräte waren über das Land verteilt "und zum grossen Teil im besetzten Gebiet". Im unbesetzten Gebiet mussten die Vorräte vorzeitig verbraucht werden, um die mehreren Millionen Flüchtlinge zu ernähren; die Vorräte reichten nicht, in gewissen Departements wurde richtig gehungert.

Wir hatten seinerzeit gehofft, dass unsere Vorräte uns die Brotration ersparen würden. Aber die Ernte im nicht besetzten Gebiet ist eine der schlechtesten seit Jahren. Die Ernte im besetzten Gebiet ist glücklicherweise weniger schlecht, aber "wir müssen mit den Lieferungen an die (deutsche) Besatzungsarmee rechnen"! Deshalb musste die tägliche Brotration auf 350 Gramm herabgesetzt werden. Der Brotverbrauch war bisher 420 gr pro Kopf und Tag.

Vor dem Krieg hatte Frankreich genug Vieh, um sich ausreichend mit Fleisch zu versorgen. Die Requirierung der kämpfenden Armeen und die Requirierungen der Besatzungsarmee haben zu Fleischmangel geführt. "Die Fleischration ist ungewöhnlich niedrig festgesetzt; sie ist ausführlich mit den Besatzungsbehörden besprochen worden..."

"Ist die Lage der Fleischversorgung schon ernst, so ist die Lage der Fettversorgung, die der Versorgung mit Butter und Oel noch ernster. 17 Kilo Fett wurden vor dem Krieg im Durchschnitt pro Kopf und Jahr verbraucht, jetzt stehen nur noch 5 bis 6 Kilo zur Verfügung". 85% der Milch wird im besetzten Gebiet produziert, nur 15% in der unbesetzten Zone... (Die Zonen sind von der deutschen Armee durch eine scharfe Grenzbewachung getrennt.)

Und schliesslich Zucker. In normalen Zeiten genügte Frankreichs Produktion. Aber dieses Jahr herrscht Zuckermangel. Etwa 2/3 der normalen Ernte fällt aus und - fast der gesamte Zuckerrübenbau liegt im besetzten Gebiet. Wir versuchen, uns mit Traubenzucker ein wenig zu helfen.

"Wenn die Hoffnung besteht, dass die Fett- und Fleischrationen eines

Tages verbessert werden, bei der Zuckerration ist das praktisch ausgeschlossen..."

(Für die Red.: Radiorede vom 11. Oktober 1940.)

### Unter dem Hungerhaken

(ITF) Kartoffeln sind in Deutschland und in vielen der jetzt von den deutschen Truppen besetzten Ländern stets die Grundnahrung der breiten Massen gewesen. Mit der Brottrationierung wurden Kartoffeln in vielen Ländern zur Hauptnahrung der Arbeiterfamilien. Aus Böhmen, Mähren, aus Norwegen wurden Kartoffeln nach Deutschland transportiert, in tschechischen und norwegischen Städten sind jetzt Kartoffeln knapp. In dänischen Provinzstädten sind die Kartoffelpreise auf das Doppelte gestiegen, die Behörden mussten den Verkauf erschwinglicher Kartoffeln übernehmen. In der belgischen Hafenstadt Antwerpen war der Kartoffelmangel so drückend, dass die deutschen Militärbehörden für neue Anführer aus der Provinz sorgen mussten. Auch in Frankreich herrscht allgemein Kartoffelmangel. Da die Brottrationen in Frankreich, dem Land der Brotesser, besonders niedrig sind, trifft der Kartoffelmangel gerade jetzt die französischen Arbeiterfamilien ausserordentlich schwer.

### Hitlers weisse Kulis

(ITF) Die Nazidiktatur hat im Januar 1940 festgelegt, dass alle "landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit sind", grundsätzlich schlechter entlohnt werden sollen als deutsche Landarbeiter. Bittere Erfahrung hat den Nazis bald gezeigt, dass tschechische, nord- und westeuropäische Arbeiter sich nicht ohne weiteres als Menschen zweiter Klasse behandeln lassen. Aus Furcht vor Widerstandshandlungen haben die Nazis jetzt diesen Arbeitern den deutschen Tariflohn zuerkannt. Die Ausnahmeregelung gilt (seit dem 5. Juli) nur noch für polnische landwirtschaftliche Arbeitskräfte. Von polnischen Landarbeitern erwarten die Nazis anscheinend keinen Widerstand, weil ein grosser Teil dieser als Landarbeiter tätigen Polen aus nach Deutschland verschleppten Bauern besteht, die nie gewerkschaftlich organisiert waren und mit Arbeitskämpfmethoden nicht vertraut sind.

Mit Rücksicht auf Russland wurde ausdrücklich festgestellt, dass Litauer, Ukrainer und Grossrussen polnischer Staatsangehörigkeit nicht als Polen gelten.

(Für die Red.: Slowakische, italienische, jugoslawische, bulgarische Landarbeiter sind durch Staatsverträge geschützt. Holländische und dänische Landarbeiter werden von den Nazi-Behörden als durch Staatsverträge geschützt behandelt.)

### Das verlorene Paradies

(ITF) Der Leiter der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, reist durch die deutschen Städte und schwärmt den als Zuhörern zusammengetriebenen Arbeitern von den paradiesischen Zuständen vor, die unter dem Hakenkreuz in Deutschland herrschen würden, falls die deutschen Arbeiter nur wirklich solange durchhielten, bis Hitler gesiegt haben kann. - Auf den vertraulichen Arbeitsfrontversammlungen wird anders gesprochen! - Gelegentlich berichtet die deutsche Presse über derartige Versammlungen der Arbeitsfront. In München, der Hauptstadt der nationalsozialistischen Bewegung, hat jetzt nach dem Bericht der "Münchener Neuesten Nachrichten" der stellvertretende Obmann des Gaues München-Oberbayern der Deutschen Arbeitsfront (auf der Septembertagung des Kreises München-Innere Stadt der Deutschen Arbeitsfront) die Funktionäre der Arbeitsfront ermahnt: "man müsse sich darüber klar sein, dass auch nach dem Endsieg nicht das Paradies kommen werde und dass die gleiche Opferbereitschaft wie bisher notwendig sei".

Sieben Jahre haben die deutschen Arbeiter Stück für Stück in schweren Kämpfen errungenes Arbeiterrecht opfern müssen, 6 Jahre für die Vorbereitung des Nazikrieges, mehr als ein Jahr schon für den Nazikrieg. Und jetzt, zu Beginn des zweiten Kriegswinters, wird ihnen gesagt, dass sie, wenn Hitler wirklich siegen werde, weiter für die Nazi-Plutokratie blüten müssten! - (Für die Red.: "Münchener Neueste Nachrichten", 13.IX.40.)

### In Luxemburg

wurdennicht, wie uns ursprünglich berichtet wurde, alle Parteien aufgelöst. Als einzige Partei darf die unter dem Namen "Volksdeutsche Bewegung" aufgezogene Naziorganisation zunächst weiterbestehen; sie wird vermutlich der Hitlerpartei angegliedert werden. Das Vermögen aller anderen Parteien wurde von Hitlers geschäftstüchtigem Gauleiter Gustav Simon beschlagnahmt. (ITF)

(Für die Red.: Siehe "Faschismus", 7.IX.40.)

haben wir u.a.:

Der britische Gewerkschaftskongress

=

B.B.C.

Der britische Gewerkschaftskongress (ITF) In der Amerika-Sendung der B.B.C. berichtete John Price, Sekretär des Internationalen Büros des britischen Transportarbeiterverbandes über den britischen Gewerkschaftskongress: Der britische Gewerkschaftskongress ist nicht nur eine Versammlung von Gewerkschaftsvertretern, die zusammenkommen, um über Betriebsangelegenheiten zu sprechen. Gewerkschafter sind zugleich: Staatsbürger und Arbeiter. Mit ihren Frauen und Angehörigen bilden sie einen beachtlichen Teil der Bevölkerung. Ihre Delegierten, die auf dem Gewerkschaftskongress von ihren Nöten und Wünschen, Hoffnungen und Befürchtungen berichten, sprechen für viele Millionen Produzenten und Verbraucher. Der Kongress ist ein nationales Ereignis. Die 650 Delegierten, die dieses Jahr zum Kongress zusammenkamen, vertraten mehr als 4,8 Millionen Gewerkschaftsmitglieder. Diese Mitgliedsziffer war erreicht, als Ende Dezember die Berichte zusammengestellt wurden; sicher hat seitdem die Mitgliederzahl zugenommen, aber schon diese Ziffer ist 200.000 höher als vor einem Jahr und um ca. 2 1/2 Millionen höher als 1914.

Der britische Gewerkschaftskongress erörtert keine Details, er legt die grossen Linien der Politik der Gewerkschaftsbewegung fest. Auf früheren Gewerkschaftskongressen hat es manchmal grosse politische Auseinandersetzungen gegeben und manchmal platzten die Meinungen scharf aufeinander. Zu anderen Zeiten war die Haltung der Gewerkschaftsbewegung schon deutlich, bevor der Kongress zusammentrat. So war es auch dieses Mal.

Vor einem Jahr, bei Kriegsausbruch, entschied der Gewerkschaftskongress, dass die Herausforderung des Hitlersystems angenommen werden musste. Er erklärte, dass Labour 'mit klarem Bewusstsein und festem Ziel' in den Krieg ginge. Jetzt hatte der Kongress für die Arbeiterschaft Englands zu sprechen. Die Ereignisse hatten bereits gezeigt, was das Volk dachte. Die Delegierten verkündeten noch einmal ihren unbeugsamen Entschluss, den Kampf gegen die Angreifer durchzuführen. Es gab keine Mehrheitsabstimmung, es wurden nicht einmal Hände erhoben. Als die Frage gestellt wurde, erhob sich ein mächtiger Ruf der Zustimmung.

Die Erklärung zur Gewerkschaftspolitik handelte nicht nur von der Frage der Fortsetzung des Krieges. Sie hatte der Arbeit der Gewerkschaften im vergangenen Jahre Rechnung zu tragen, zu entscheiden, ob die richtige Linie befolgt worden war und zu erklären, was künftig zu tun sei.

Bei Kriegsausbruch hatten sich die Gewerkschaften eine  feste Stellung im Staate gesichert. Sie hatten eine weitverzweigte Maschinerie zu Verhandlungen mit Unternehmern aufgebaut, ihr Rat wurde von der Regierung bei den verschiedensten Fragen eingeholt, nicht nur bei Arbeiterfragen im engeren Sinne, sondern auch bei Wirtschafts- und Sozialproblemen aller Art.

Als der Krieg ausbrach, verlangte der Generalrat des Gewerkschaftskongresses - wie viele einzelne Gewerkschaften - dass die Regierung sie bei allen Fragen und allen Problemen, die die Kriegszeit für Arbeiterschaft und Industrie aufwarf, zu Rate zog und dass sie in allen Ausschüssen vertreten sein müssten, die die Regierung zur Behandlung besonderer Kriegsfragen einrichtete. Manche kritisierten die Gewerkschaften deshalb. Sie sagten, die Gewerkschaften liefen zahm hinter der Regierungspolitik her und gefährdeten ihre Unabhängigkeit. Nun, nach einjähriger Erfahrung wurde dieses Vorgehen voll gebilligt. - Auf jedem Kongress treten bestimmte Persönlichkeiten hervor, dieses Mal waren es drei Persönlichkeiten, Sir Walter Citrine, der Generalsekretär, der den Jahresbericht vorlegte und in den wichtigeren Debatten sprach, Attlee, der eine Botschaft der Labour Party überbrachte und Bevin, der als Gast kam, um eine der eindrucksvollen Reden zu halten, die seine alten Freunde aus der Gewerkschaftsbewegung von ihm gewöhnt sind.

Einige ihrer Ausführungen müssen festgehalten werden. Sir Walter Citrine sagte beim Vorlegen seines Jahresberichts, dass der Generalrat eine doppelte Aufgabe hatte. Seine Politik war so auszurichten, dass sie sich den Anstrengungen der Nation, das Land durch diese Prüfung zu bringen, einfügte. Und gleichzeitig hatte der Generalrat zu versuchen, den Einfluss der Gewerkschaftsbewegung zu verstärken, damit die Massnahmen des Staates so demokratisch wie möglich durchgeführt würden.

Er beantwortete dann die Frage, ob wir siegen werden. Hier, sagte er, zweifelt niemand daran, dass wir siegen werden, wenn wir den Geist der nationalen Einheit bewahren, das Volk auf die gemeinsame Anstrengung konzen-

trieren und das Kapital dazu bringen können, dass auch es seine Pflicht tut. Attlee sprach mit der Autorität eines Mitglieds des Kriegskabinetts und auch er sprach vom unterschütterten Glauben an den Endsieg. Er entwickelte unsere Aufgaben: Zunächst muss der Feind geschlagen werden, die Einheit der Nation muss bewahrt, unsere Freiheit gesichert und dann das Werk des Neuaufbaus nach dem Sieg in Angriff genommen werden. Es tat gut, von Attlee zu hören, dass wir diesen Sieg zum Bau einer neuen Welt ausnutzen werden und dass diese Welt auf den Prinzipien der Freiheit, Demokratie, kollektiven Sicherheit und sozialen Gerechtigkeit aufgebaut werden wird.

Bevin lüftete den Vorhang ein wenig und zeigte, was die Regierung zur Vorbereitung dieser Aufgabe tut. Er berichtete, dass ein Minister-Ausschuss sich mit den Nachkriegs-Problemen beschäftigt. Es wäre besser, das Kabinett diese Arbeit tun zu lassen, statt, wie im letzten Krieg, diese Aufgabe einem Wiederaufbauministerium zu übertragen; denn solche Ministerien würden eine Fülle von Dokumenten produzieren, die auf irgend einem Dachboden verstauben. Aber das war nicht das einzig Neue. Bevin kündigte an, dass zum ersten Mal eine enge Zusammenarbeit des Arbeitsministeriums mit dem Aussenministerium hergestellt worden sei. Alle Diplomaten sollen mit der neuen Atmosphäre in Kontakt kommen, da, wenn die Welt neu gebaut wird, sie durch Einsatz und Mitarbeit der aufsteigenden Arbeitermassen neu entstehen wird. Er fasst den Gedanken in einem Satz zusammen: 'Wenn ein Volksschüler uns mit einem Spitfire-Jagdflugzeug retten kann, dann kann der gleiche Kopf auch beim Neubau der Welt helfen'.

Ich weiss aus Unterhaltungen mit Mr. Bevin, wie stolz er auf das Ergebnis unseres Erziehungswerks ist. Er glaubt, dass die Leistungen der britischen Luftwaffe, der Royal Air Force und des ganzen Volkes in dieser grossen Probe weitgehend durch die Erziehung ermöglicht wurde. Er will noch grössere Möglichkeiten eröffnen. 'Demokratie ist nicht nur Abstimmen; es ist das Recht auf die gleiche Chance für jedermann im demokratischen Staat'.

Der Gewerkschaftskongress beschäftigte sich mit der Zukunft. Seine Gedanken wurden vom Präsidenten, Mr. Holmes, formuliert, als er sagte, dass die Aufgabe, zu der die Gewerkschaftsbewegung in der Nachkriegszeit berufen sein wird, noch grösser sein wird als ihre heutige Leistung. Nach dem Krieg wird man nicht nur das materielle Leben neu aufbauen müssen, sagte er, sondern dafür sorgen müssen, dass jeder Mann, jede Frau und jedes Kind erhält, was es braucht, dass Gedankenfreiheit und das Recht der freien Vereinigung wieder gesichert sind.

Ich habe den Eindruck, dass die organisierte Arbeiterschaft Englands, nachdem sie die Hand an den Pflug gelegt hat, die Furche bis zum Ende ziehen wird.

(Wir geben einen Teil der Rede mit besonderer Erlaubnis des Verfassers wieder.)

---

Das amerikanische Rote Kreuz teilt (am 14.IX.) der "New York Times" mit, dass seit Anfang September die von Amerikanern für Pariser Kinder gespendete kondensierte Milch durch Vermittlung der "Consultation des Nourrissons" im Seine-Departement vom Pariser Mutter- und Kinderschutzbüro ausgegeben wurde, also nicht mehr - wie der von Nazis kontrollierte Hilversumer Sender am 14.VIII. mitteilte - von Nazi-Stellen. - Die Nazi-Stellen haben offensichtlich die amerikanische Hilfe als Spende Hitlers ausgegeben. Aber es ist zu hoffen, dass die Empfänger jetzt von den französischen Ausgabestellen erfahren, dass dem Mutter- und Kinderschutzbüro die Verteilung der Milch von über die Krieg der Nazis exportierten Amerikaner ermöglicht wurde. (ITF)

(Für die Red.: Siehe "Faschismus", 24.VIII.40.)

Nazi-Methoden in Holland (ITF) Holländische Behörden müssen alle Angestellten und Beamten, holländische Schulen müssen alle Lehrer entlassen, die auch nur eine jüdische Grossmutter oder einen jüdischen Grossvater hatten. Das ist der Anfang der Einführung des Rassenprinzips in Holland. Der nächste Schritt wird die Anwendung diskriminierender Bestimmungen gegen in Holland wohnenden Indonesier sein.